



# Dr. Inge Gräßle MdEP

## Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

Liebe Leserinnen und Leser,

### Sicherheit von neuartigen Lebensmitteln

über die Sicherheit neuartiger Lebensmittel stimmte das Parlament am Mittwoch in der „Novel-Food“-Verordnung ab. Hierbei geht es insbesondere um die Marktzulassung von Fleisch von geklonten oder gentechnisch veränderten Tieren. Bei diesen Produkten, die immer mehr in den europäischen Markt drängen und deren Langzeitfolgen kaum erforscht sind, ist ein hohes Niveau des Schutzes der menschlichen Gesundheit anzulegen. Bisher sind keine Produkte aus Klon-Fleisch auf den internationalen Märkten zugelassen. Auch gibt es derzeit keine geeigneten Methoden, mit denen man die Lebensmittel, die mithilfe von Nanotechnologie hergestellt wurden, hinsichtlich ihres Risikos bewerten könnte. Sollten jedoch derartige Produkte jemals auf dem europäischen Markt zugelassen werden, sieht die Verordnung vor, dass diese gekennzeichnet werden, indem auf der Liste der Inhaltsstoffe neben dem entsprechenden Stoff das Wort „Nano“ zu finden ist. Dadurch soll der Verbraucher darauf hingewiesen werden, dass ein gentechnisch verändertes Produkt vorliegt. Die Abgeordneten sind sich jedoch einig, dass die Genehmigung für Lebensmittel, die aus geklonten Tieren und ihren Nachkommen gewonnen werden, in einer gesonderten Verordnung zu regeln ist. Bis zu deren Inkrafttreten sollen solche Produkte nach der Meinung des Parlaments nicht zugelassen werden. Weiterhin sieht die Verordnung vor, dass auch Lebensmittelbestandteile und -zusatzstoffe, die mit einer solchen Produktionstechnologie hergestellt wurden, unter das Zulassungsverfahren für neuartige Lebensmittel fallen. Dieses sieht vor, dass die Eu-

ropäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) eine Bewertung der Sicherheit dieser Lebensmittel vornimmt. Danach soll dann die EU-Kommission über die endgültige Zulassung des Produkts entscheiden. Die CDU/CSU-Gruppe spricht sich dafür aus, dass das Parlament in umstrittenen Fällen auf das Geschehen weiter Einfluss nehmen soll, obwohl das Gesetzgebungsverfahren bereits abgeschlossen ist. Dies wäre dadurch möglich, dass es ein Veto-Recht hinsichtlich den Entscheidungen der Kommission erhält, denn die Sicherheit von Lebensmittel soll einer ausreichenden parlamentarischen Kontrolle unterliegen.

### Reicht das Geld der EU bis zum Ende der Finanzperiode 2013?

In seiner Halbzeitüberprüfung des EU-Finanzrahmens 2007 bis 2013 verlangt das Parlament zu untersuchen, ob das 2006 ausgehandelte Geld bis 2013 ausreicht. Hierzu soll die Kommission spätestens bis Herbst 2009 konkrete Vorschläge vorlegen. Nach den Forderungen des Parlaments soll der bisher gültige Finanzrahmen an die momentanen Gegebenheiten angepasst werden, um die politischen Prioritäten der EU ausreichend finanzieren zu können. Vor allem muss der Finanzplan flexibler gemacht werden, um die Ziele zum Beispiel in den Bereichen Forschung, Klimaschutz und Außen- und Sicherheitspolitik erreichen zu können. Gerade letzteres ist ständig unterfinanziert. Auch sei, so die Abgeordneten, eine Neubewertung und Optimierung der Ausgaben der EU aufgrund der Globalisierung, des demographischen Wandels und der technologischen Entwicklung erforderlich. Die Abgeordneten erinnerten auch daran, dass jedes Jahr „erhebliche Spielräume“ unterhalb der Obergrenze des Finanzplans verbleiben.

Jedoch dürfe die Gesamthöhe der der EU zur Verfügung stehenden Mittel nicht durch die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise beeinträchtigt werden. Außerdem ist es das Ziel des Parlaments, den bisher bis 2013 gültigen Finanzrahmen bis 2015/2016 zu verlängern. Durch diese Angleichung der Finanzplanung an die Legislaturperioden des Parlamentes und der Kommission soll sichergestellt werden, dass ein neugewähltes Parlament ausreichend Mitsprache über die EU-Ausgaben für die folgenden fünf Jahre bekommt.

### Höhere Steuern auf Tabakprodukte

Das Parlament plädierte am Dienstag für eine schrittweise Anhebung der Steuern auf Zigaretten und andere Tabakprodukte. Ab 2014 sollen pro Schachtel mit 20 Zigaretten mindestens 1, 50 Euro Steuern erhoben werden. Die Abgeordneten sprechen sich damit jedoch insgesamt für eine geringere Erhöhung als von der EU-Kommission vorgeschlagen aus. Auch soll durch diese Richtlinie die Mindestverbrauchsteuer für „Feinschnitttabak für selbstgedrehte Zigaretten“ an den Mindestsatz für Zigaretten angepasst werden. Dadurch soll das Ziel der Richtlinie, die Verringerung des Tabakkonsums um 10 % in den nächsten fünf Jahren, bestmöglichst verwirklicht werden. Außerdem sollen mit der neuen Richtlinie auch die Begriffsbestimmungen für einige Arten von Tabakwaren erneut aktualisiert werden.

### Schärfere Bestimmungen für Einreise nach Europa

Bürger von Staaten außerhalb Europas, die mit einem Visum in die EU einreisen, sollen zukünftig zusätzlich biometrische Daten abgeben. Dies sehen die neuen Regeln zur Vergabe

Seite 1

### So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro  
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland  
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073  
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien  
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868  
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich  
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868  
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



# Dr. Inge Gräßle MdEP

## Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

von Einreisevisa in die EU vor, über die das Parlament am Mittwoch abgestimmt hat. Danach sollen die Botschaften und Vertretungen der EU-Staaten, in welche die Antragsteller einreisen wollen, bei der Vergabe der Visa Fingerabdrücke der Personen nehmen und Fotos machen. Gelten sollen diese Regeln für alle Einreisenden über 12 Jahren. Ziel dieser neuen und schärferen Regelung ist die Verhinderung von Betrug und Missbräuchen, die in Zusammenhang mit solchen Einreisevisa stehen. Außerdem ist sie die Konsequenz aus der freizügigen Vergabe von Einreisevisa und der daraus folgenden „Visa-Affäre“ während der rot-grünen Bundesregierung, bei der die deutsche Botschaft in Kiew angewiesen wurde, Visa freizügiger zu vergeben, was zu Missbräuchen geführt hat.

### Einheitlicher europäischer Luftraum

Das Fliegen in Europa soll sicherer werden: Hierzu stimmte das Parlament über zwei Verordnungen ab, die einen weiteren Schritt zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums bedeuten. Durch diese Verordnungen soll die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) mehr Befugnisse bekommen, um in allen 27 Mitgliedstaaten der EU einheitliche Sicherheitsstandards auf den Flughäfen hinsichtlich Ausrüstung, Betrieb und Management einzuführen. Außerdem soll in diesem einheitlichen europäischen Luftraum eine Neuorganisation der bisher in nationale Räume gegliederten Flugsicherung in länderübergreifende funktionale Luftraumblöcke stattfinden. Dies dient neben der Verbesserung der Sicherheit auch dem Umweltschutz: Durch die Abschaffung von Sperrzonen wird es möglich, direkte Routen zwischen zwei Flughäfen zu wählen, wodurch die Flugzeit

und damit auch der Kerosinverbrauch und der Schadstoffausstoß der Verkehrsflugzeuge verringert werden.

### Neue Verordnung über Stoffe, die die Ozonschicht zerstören

Am Mittwoch stimmte das Parlament auch über die Neufassung einer Verordnung aus dem Jahr 2000 ab, in der es um Stoffe geht, die zum Abbau der Ozonschicht führen. Nach dieser neuen Verordnung sollen weitere Substanzen verboten werden, wie zum Beispiel Normal-Propylbromid, das in Reinigungs- und Lösungsmittel, sowie in landwirtschaftlichen Chemikalien enthalten ist und dazu beiträgt, die Ozonschicht zu verringern. Außerdem sollen durch die Verordnung Ausnahmeregelungen für den Einsatz von Stoffen geschaffen werden, für die es keine technisch oder wissenschaftlich tragbaren Alternativen gibt. Ziel dieser Neufassung der bisherigen Regelungen ist es, die geltende Verordnung zu vereinfachen und den künftigen Herausforderungen zu begegnen, damit sich die Ozonschicht schnell erholen kann und schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und Ökosysteme vermieden werden.

### Fernsehsendungen: Untertitel statt Synchronisierung

Das Parlament stimmte mit knapper Mehrheit für den Vorschlag des Ausschusses für Kultur und Bildung, Fernsehsendungen und insbesondere Kindersendungen nicht mehr zu synchronisieren, sondern zu untertiteln. Dadurch wird für Kinder wie auch für Erwachsene, für die Sprachen im Beruf immer wichtiger werden, das Erlernen und die Anwendung von EU-Sprachen erleichtert. Durch die Verwendung von Untertiteln im Fernsehen soll den Menschen die EU-Sprachen näher gebracht werden, denn es ist

das Medium, das von den meisten Menschen täglich genutzt wird. Das Lernen von Sprachen ist, so die Abgeordneten, von großer Bedeutung für die persönliche und berufliche Bildung, aber auch für die Integration in das Land, in dem man lebt. Das Parlament sieht weiterhin Handlungsbedarf der Förderung von Sprachkursen für Einwanderer. Eine umfassende Integration könne nur gewährleistet werden, wenn die Einwanderer die Sprache des Aufnahmelandes umfassend kennen, so die Abgeordneten. Außerdem sprach sich das Parlament für das Konzept „Muttersprache + zwei“ aus. Danach sollen alle Schüler in den EU-Staaten neben ihrer Muttersprache noch zwei weitere Sprachen lernen.

### Besuch aus der Heimat im Europaparlament in Straßburg

Auch diese Woche hatte sich wieder Besuch aus der Heimat angekündigt: Am Mittwoch war die Wilhelm-Hauff-Realschule aus Bad Rappenau zu Gast und am Donnerstag besuchte mich der CDU-Gemeindeverband aus Gschwend. Wenn auch Sie Interesse an einem Besuch mit ihrer Gruppe in Straßburg haben, melden Sie sich einfach telefonisch bei Frau Beyrle in meinem Europabüro in Heidenheim. (Tel: 07321-20073)

### Neues aus meinem Büro in Brüssel und Straßburg

Diese Woche beendet Carolin Brenner, Jurastudentin im sechsten Semester in Tübingen, ihr Verwaltungspraktikum in meinem Büro im Europäischen Parlament in Brüssel. Sie unterstützte meine Assistentinnen Claudia Bernhard und Christina Fancello sowie die Praktikantinnen Lindsay Ogden und Corinna Moser bei der Arbeit.

Seite 2

### So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro  
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland  
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073  
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien  
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868  
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich  
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868  
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu